

„Merkel hat den Bezug zur Realität verloren“



Christian Lindner » Wer derzeit den FDP-Chef trifft, erlebt einen Wahlkämpfer in Topform. Einen, der sich entschlossen gibt, die „Sozialdemokratisierung“ Deutschlands zu stoppen

▼ **VITA**

Rasante Karriere

Christian Lindner, geboren am 7. Januar 1979 in Wuppertal, trat 1995 der FDP bei. Bis 2006 studierte er Politik, Öffentliches Recht und Philosophie. Von 2000 bis 2009 war er Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen. 2009 wechselte er in den Bundestag und wurde im gleichen Jahr FDP-Generalsekretär. Von diesem Amt trat er Ende 2011 zurück. Sein Bundestagsmandat gab er im Juli 2012 auf, um Chef der FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag und des Landesverbands NRW zu werden. Das ist er bis heute. Ende 2013 wurde der damals 34-Jährige jüngster FDP-Chef in der Parteigeschichte.

VON **MARIO MÜLLER-DOFEL**

Am 13. März beginnen die Vorläufe für die Bundestagswahl 2017 – mit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. FDP-Chef Christian Lindner, der die Liberalen seit dem Abschied aus dem Bundestag im Jahr 2013 neu ausrichtet, sieht sich bestätigt: Seine Partei erhält in Meinungsumfragen wieder fünf Prozent und mehr Wählerstimmen.

Auch prominente FDP-Neuzugänge wie Jürgen Hambrecht, Ex-Vorstandschef und heutiger Aufsichtsratsvorsitzender des Chemiekonzerns BASF, Jürgen Behrend, Chef des Autozulieferers Hella, und die ehemaligen Piratenpartei-Vorsitzenden Bernd Schlömer und Sebastian Nerz sind für Lindner Indizien dafür, „dass die FDP wieder attraktiv für Marktwirtschaftler und Bürgerrechtler ist“.

Im Interview argumentiert der 37-Jährige gegen wirtschaftsfeindliche Bürokratiemonster, die „Lirafizierung“ des Euro und „naiven“ Optimismus in der Flüchtlingsdebatte.

EURO AM SONNTAG: Herr Lindner, kurz und knackig: Was können die Menschen von der FDP erwarten, sollte sie am 13. März in einen oder mehrere Landtage gewählt werden?

CHRISTIAN LINDNER: Uns geht es um einen Politikwechsel in den drei Ländern. Wir wollen eine Bildungspolitik, die die berufliche Bildung und das Gymnasium stark macht. Wir stehen für wirtschaftliche Vernunft und eine solide Haushalts-

politik und wollen einen neuen Schwerpunkt bei Infrastruktur setzen – bei Straßen und Datenautobahnen. Und die Wahl der FDP ist natürlich ein Signal, dass man die zunehmende Sozialdemokratisierung Deutschlands stoppen will.

Was wollen Sie stoppen?

Vor allem die mittelstandsfeindliche Wirtschafts- und Steuerpolitik der Großen Koalition, die sich etwa im neuen Erbschaftsteuergesetz und rückläufigen Investitionen und Innovationen im Mittelstand widerspiegelt. Wir müssen den Strompreisanstieg in den Griff bekommen, indem wir Ökostromsubventionen abschaffen – weg mit dem Erneuerbare Energien Gesetz, hin zu mehr Marktwirtschaft. Wir müssen die degressive Abschreibung auf Anlageinvestitionen wieder einführen. Wir müssen Forschung steuerlich fördern und, und, und.

Sie sprühen ja vor Kampfgeist.

Der vor wenigen Tagen veröffentlichte Jahreswirtschaftsbericht war ein Warnschuss. Die deutsche Wirtschaft ist nicht unverwundbar. Ab sofort muss alles unterlassen werden, was Investitionen behindert – denken wir nur an Bürokratiemonster wie die Mindestlohndokumentation, an die Arbeitsstättenverordnung, an steigende Sozialabgaben und eben an die Erbschaftsteuer.

Was ist mit der 25-prozentigen Abgeltungsteuer für Kapitalerträge? Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble würde Kapitalerträge lieber dem persönlichen Steuersatz unterwerfen.

Wer behauptet, Kapitalerträge würden durch die Abgeltungsteuer geringer besteuert als Erträge aus Arbeit, streut den Menschen Sand in die Augen. Die Abgeltungsteuer sollte so bleiben, statt wieder die Bürokratie bei den Einkommensteuern auszubauen.

Okay, Sie sind in Wahlkampfform. Bei der Bundestagswahl 2013, als die FDP aus dem Bundsparlament geflogen ist, hat die AfD bei Ihnen gewildert. Wollen Sie den Spieß wieder umdrehen?

Wir sind das genaue Gegenteil von dieser Partei. Die stehen für völkische Ideale, wir für die Entfaltung des Einzelnen. Die schüren die Ängste der Bürgerinnen und Bürger, wir wollen Ängste nehmen und den Einzelnen groß machen. Die stehen für Hass und Abschottung, wir für Freiheit und Weltoffenheit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in dieser rückwärtsgewandten und verantwortungslosen Truppe jemand ist, der sich mit der FDP identifiziert.

Damals gab es den AfD-Chef Bernd Lucke, der seinen Wählern vor allem mit seiner Kritik an der Eurorettungspolitik aus der Seele sprach. Gibt es die Eurokrise noch?

Nur weil die Flüchtlingskrise in der öffentlichen Wahrnehmung so dominant ist, ist die Eurokrise noch lange nicht gelöst. Und das besorgt mich zutiefst, zumal die Stabilisierungspolitik in Europa seit dem dritten Griechenland-Rettungspaket, das die Eurofinanzminister im August des vergangenen Jahres gebilligt haben, ganz klar in Richtung

Transferunion geht. Die FDP hätte dem nicht zugestimmt.

Der Griechenland-Rettung oder einer Transferunion?

Das ist inzwischen ja dasselbe. Die FDP ist dagegen, dass finanzielle Entscheidungen nationalstaatlich getroffen, die Finanzrisiken aber vergemeinschaftet werden. Diese Praxis hat vor wenigen Tagen auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann einmal mehr kritisiert.

Weidmann warnt auch vor den Gefahren der Niedrigzinspolitik in der EU. Sind Sie auch hier seiner Meinung?

Selbstverständlich. Die Minizinsen verleiten die Staaten dazu, via Staatsanleihen immer neue Schulden zu machen und sogar nötigste Reformen für eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit vor sich herzuschieben. Wenn das so bleibt, geht der Euro kaputt.

Würde die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins erhöhen, könnten die Staatsfinanzen in Europa außer Kontrolle geraten. Ist der Reformstau nicht das kleinere Übel?

Nein. EZB-Präsident Mario Draghi muss die Lirafizierung des Euro stoppen, damit die europäischen Regierungen wieder unter Reformdruck kommen. Die Bundesregierung sollte die Risiken von Staatsanleihen offen artikulieren.

Welche Risiken sehen Sie?

Es ist verantwortungslos, dass Staatsanleihen in den Bank- und Versicherungsbilanzen ohne Eigen-

— Anzeige —

MERKUR BANK 

Setzen Sie Akzente für Ihre Geldanlage.

2%
p.a.

**Bei Depotübertrag ab 25.000 €
für 6 Monate Festgeld in gleicher Höhe.**

Angebot freibleibend



Kopf der Woche



Es hat den Anschein, als wollte Wolfgang Schäuble am Stuhl der Kanzlerin sägen.“

Christian Lindner, FDP-Parteichef

kapitalhinterlegung und Risikogewichtung gehalten werden dürfen. Diese Praxis zur Förderung des Staatsanleiheverkaufs an beispielsweise deutsche Lebensversicherungen und Versorgungswerke ist eine bizarre Verzerrung zu Ungunsten anderer Anlageklassen. In diesem Zusammenhang plädiere ich daher für andere Anlagerichtlinien für die gerade genannten Kapitalsammelstellen.

Das umstrittenste Thema derzeit sind Flüchtlinge: 2015 kamen hierzulande 1,1 Millionen Flüchtlinge an. Kann sich Deutschland 2016 das wieder leisten?

Nein. Es waren schon 2015 zu viele, um sie schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Regierung muss das Chaos beenden und zu einem System von Recht und Ordnung zurückfinden. Die Zahlen müssen sinken.

Viele Politiker, Ökonomen und Konzernvertreter sind eher optimistisch. Sie sagen, der Flüchtlingsstrom könne sogar unser Demografieproblem lösen.

Das ist naiv! Es kommen doch kaum Fachkräfte, die den Standards des deutschen Arbeitsmarkts entsprechen. Die Regierung selbst rechnet doch damit, dass die Anzahl von Hartz-IV-Empfängern steigen wird. Übrigens auch deshalb, weil die Hürden zum deutschen Arbeitsmarkt immer höher geschraubt werden: mittels Mindestlohn, Einschränkungen bei Zeitarbeits- und Werkverträgen und so weiter.

Was schlagen Sie speziell für die Flüchtlinge vor?

Dass sie kürzere Ausbildungen absolvieren dürfen als normalerweise üblich in Deutschland, damit sie schnellstmöglich strukturierte Tage mit sinnvollen Tätigkeiten erleben und die hohen Anforderungen unseres Arbeitsmarkts kennenlernen. Das wichtigste Ziel muss

aber sein, dass Kriegsflüchtlinge später wieder in ihre Heimat zurückkehren, um sie neu aufzubauen.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fordert eine Obergrenze von höchstens 200 000 Flüchtlingen pro Jahr in Deutschland.

Eine Obergrenze verstößt gegen EU-Recht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem ist sie kaum praktisch umsetzbar. Was machen wir, wenn nur einer mehr als in der Obergrenze definiert, an der Grenze steht? Die Obergrenze ist eine Symboldebatte, die nur die Rechtspopulisten stärkt.

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Die Beendigung des deutschen Sonderwegs ist die Voraussetzung für eine europäische Antwort auf diese Herausforderung. Auf dem nächsten europäischen Gipfel muss Frau Merkel eine gemeinsame Strategie für den Schutz der Außengrenzen, Flüchtlingskontingente und deren faire Verteilung in Europa erreichen. Wenn die EU-Mitgliedsstaaten dort keinen konkreten Beschluss fassen, muss Deutschland die Regeln der Dublin-III-Vereinbarung sofort wieder in Kraft setzen und an seinen Grenzen Flüchtlinge in sichere Drittländer zurückweisen. Der Rechtsstaat muss wieder die Kontrolle darüber bekommen, wer zu uns einreist. Und Europa braucht geschützte Außengrenzen.

Die Flüchtlingsströme verursachen Milliardenkosten. Deshalb hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble kürzlich eine europäische Benzinsteuer vorgeschlagen, obwohl seine Chefministerin Angela Merkel Steuererhöhungen wegen der Flüchtlinge ausgeschlossen hat. Was treibt den Minister um?

Es hat den Anschein, als wollte Wolfgang Schäuble am Stuhl der Kanzlerin sägen. Außerdem treibt er seine Idee

eines europäischen Bundesstaats mit Steuerhoheit voran.

Unabhängig davon: Was halten Sie von einer Benzinsteuer?

Ich halte sie für doppelt falsch.

Warum?

Erstens verbucht Schäuble seit Jahren immer neue Steuereinnahmerekorde und profitiert zudem von Niedrigzinsen, wodurch die Kosten der Flüchtlingskrise in Deutschland leicht bezahlbar sein sollten. Zweitens sollten wir keine europäische Steuer bekommen.

Warum nicht?

Regierungen sollten nur dann Steuern erheben dürfen, wenn sie demokratisch abwählbar sind. Die Europäische Kommission ist aber nicht unmittelbar abwählbar.

Wer wäre eigentlich Ihr favorisierter Koalitionspartner, wenn heute Bundestagswahlen wären?

Das wäre ganz schwer ... (überlegt).

Grübeln Sie etwa auch über die Grünen und Linken nach?

Das Problem ist, dass sich die größeren Parteien im Bundestag nur im Grad der Sozialdemokratisierung unterscheiden. Sicherlich hat die FDP mehr Berührungspunkte mit der CDU.

Im November sind in den USA Präsidentschaftswahlen. Barack Obama muss nach acht Jahren im Amt abtreten. Bräuchten wir diese Praxis auch hierzulande?

Bei der Flüchtlingskrise hat man den Eindruck, dass Angela Merkel völlig den Bezug zur Realität verloren hat. Wenn man das sieht, sollte man in der Tat darüber nachdenken, die Amtszeit zu begrenzen und für einen regelmäßigen Wechsel zu sorgen.

INDEX

FIRMEN

Alibaba.....	36
American Airlines.....	36
Apple.....	36
BASF.....	36
Bayer.....	36
Bet-at-home.....	35
Comdirect.....	14, 35
Conoco Phillips.....	20
Continental.....	14, 23
Covestro.....	36
CTS Eventim.....	32
Daimler.....	36

Deutsche Bank.....	13
Deutsche Börse.....	14
Deutsche Post.....	36
Deutsche Wohnen.....	14
Dialog Semicond.....	15
Energiekontor.....	36
Exxon Mobil.....	20
Facebook.....	35
Greiffenberger.....	36
Infineon.....	36
Jenoptik.....	36
L Brands.....	25
Linde.....	12

Netflix.....	49
Newmont Mining.....	38
Novartis.....	36
Nvidia.....	23
Papa John's.....	36
Qiagen.....	38
Roche.....	35
Royal Caribbean.....	36
Royal Dutch Shell.....	20
RWE.....	38
Schlumberger.....	20
Schwäbisch Hall.....	72
Seadrill.....	20

Siemens.....	24
Sunny Optical.....	23
Transocean.....	20
Twitter.....	11
Virgin America.....	36
Volkswagen.....	14
Vonovia.....	14
Zurich Vers.....	11

PERSONEN

Aldenton, Sam.....	25
Bagherli, Jalal.....	15
Berland, Leslie.....	11

Berlien, Olaf.....	6
Bielmeier, Stefan.....	16
Bonnafet, J.-L.....	7
Büchtele, Wolfgang.....	11
Cohen, Marshal.....	25
Cryan, John.....	13
Dorsey, Jack.....	11
Dudenhöffer, Ferdin.....	14
Engels, Frank.....	77
Felipe VI.....	77
Greco, Mario.....	11
Iglesias, Pablo.....	52
Jesch, Björn.....	54

Kaeser, Joe.....	24
Kengeter, Carsten.....	14
Kibsgaard Paal.....	20
Lance, Ryan.....	20
Lucks, Kai.....	76
Lutz, Frank.....	36
Müller, Matthias.....	15
Preißler, Harald.....	16
Rajoy, Mariano.....	52
Raymond, Roy.....	25
Reitzle, Wolfgang.....	11
Rivera, Albert.....	52
Sánchez, Pedro.....	52

Schenck, Marcus.....	13
Schrempf, Jürgen.....	7
Schwan, Severin.....	32
Senn, Martin.....	11
Sheets, Jeff.....	20
Solveen, Ralph.....	53
Stolberg, Niels.....	11
Teyssen, Johannes.....	7
Thomas, Ralf.....	24
Vedral, Bobby.....	66
Walter, Arno.....	14
Weinberg, Eugen.....	16
Wexner, Leslie.....	25